

tikuliert eine Ungeduld, die angesichts mancher Erfahrungen zwar verständlich, aber in der Sache schädlich ist.“ Man kann nur hoffen, daß sich solche Befürchtungen nicht bewahrheiten. Dabei wird viel von der Art und Weise abhängen, mit der Initiatoren und engagierte Befürworter der Aktion ihre Anliegen in den kommenden Wochen vertreten. Unfruchtbare Polarisierungen und die Kräfte absorbierender Streit um zweitrangige Fragen sind das letzte, was die Kirche in Deutschland derzeit gebrauchen kann.

Im CIC heißt es in Can. 212, den Gläubigen sei es „unbenommen, ihre Anliegen, insbesondere die geistlichen, und ihre Wünsche den Hirten der Kirche zu eröffnen“. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, die sich nicht ein für allemal festlegen und regeln lassen, sondern von der jeweiligen Situation der Kirche abhängen. Dazu kann auch ein Kirchenvolks-Begehren gehören, auch wenn sich sein Erfolg aller Voraussicht nach in Grenzen halten wird. ru

Eingeholt

Berufung einer Rabbinerin löst Kontroverse aus

Die Wahl der 44jährigen Schweizerin *Bea Wyler* zur Rabbinerin der Jüdischen Gemeinden in Oldenburg und Braunschweig löste innerhalb des deutschen Judentums eine Kontroverse aus, die gleich in mehrfacher Hinsicht ein bezeichnendes Licht auf die Lage der jüdischen Gemeinden hierzulande wirft.

Mit der Ernennung von Frau Wyler werden diese von einem Thema eingeholt, das in anderen Ländern, allen voran in den Vereinigten Staaten schon seit längerem das Leben in den jüdischen Gemeinden beeinflusst und verändert hat. Die Ordination von Frauen ist eine jener Fragen, an denen sich die Unterschiede zwischen den Strömungen und Richtungen im Judentum festmachen lassen.

Das *amerikanische Judentum* kennt von liberal über konservativ und orthodox bis ultraorthodox die ganze Spannweite innerjüdischer Pluralität. Während sich in der einen Synagogalgemeinde Frauen beim Gebet weiterhin lediglich auf der Empore aufhalten und beim für das Zustandekommen eines öffentlichen Gebets erforderlichen Mindestquorum von zehn Teilnehmern („Minjan“) ausschließlich Männer zählen, sitzen in anderen Gemeinden Frauen und Männer unterschiedslos nebeneinander in der Synagoge und wirken Frauen als Vorbeterinnen und Kantorinnen wie selbstverständlich mit.

Die Zahl der ordinierten Rabbinerinnen geht weltweit inzwischen in die Hunderte. Der Anteil von theologisch ausgebildeten Frauen wächst im übrigen auch im konservativen und selbst im orthodoxen Judentum. Auch eine *jüdisch-feministische Theologie* gibt es, die z. T. unter christlichen Feministinnen rezipiert wird, die es aber in den eigenen Reihen eher schwerer hat als die feministische Theologie im Christentum. Dabei gibt sich die jüdisch-feministische Theologie – hierin ihrem christlichen Pendant vergleichbar – nicht mit der Forderung nach einer Zulassung von Frauen zu bestimmten gottesdienstlichen Funktionen bzw. gemeindlichen Ämtern zufrieden.

Der badische Landesrabbiner *David Soussan* erinnerte als Reaktion auf die Berufung von *Bea Wyler* daran, daß diese gegen die „2000 Jahre gültigen Gesetze“ verstoße. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens und Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Michael Fürst*, verteidigte dagegen die Entscheidung der beiden Gemeinden und distanzierte sich zugleich von der kritischen Haltung des Zentralrats-Vorsitzenden *Ignatz Bubis* in dieser Frage. Die jüdische Theologin *Pnina Navè-Levinson* beglückwünschte unterdessen die beiden Gemeinden zu ihrer Wahl (vgl. *Die Welt*, 2.8.95). Und die *Jüdische Allgemeine Wochenzeitung* (Ausgabe vom 10.8.95) ließ Rabbiner *Robert*

Gradwohl zu Wort kommen, dessen Artikel mit dem Satz beginnt „Die Zeiten haben sich gründlich geändert“ und mit der Aufforderung endet, die „jahrhundertelangen gewachsenen Traditionen... zu achten“. Für jüdische Augen und Ohren ist dies nicht ein außergewöhnlicher und problematischer Fall von innerer Widersprüchlichkeit, sondern schlicht Ausdruck der Wirklichkeit des Judentums nicht nur hierzulande und als solches keine neue Erscheinung.

Die zutage getretene Meinungsvielfalt ist insofern für Juden das Normalste von der Welt – trotz all der Unsicherheiten und Widrigkeiten, die diese Konstellation auch andernorts mit sich bringt: Etwa, daß orthodoxe Juden sich weigern, an Gebeten teilzunehmen, die von Rabbinerinnen geleitet werden. Oder daß von Rabbinerinnen vorgenommene Rechtsakte wie Trauungen und Übertritte zum Judentum nicht als rechtsgültig im Sinne des jüdischen Gesetzes anerkannt werden. Ein Liberaler achtet zwar die amtlichen Handlungen des orthodoxen Rabbiners, nicht aber ein Orthodoxer die Handlungen eines liberalen Rabbiners oder erst recht einer Rabbinerin. Aber – und das ist entscheidend – eines wird trotz aller Meinungsverschiedenheiten in der Sache gegenseitig respektiert: die Autonomie der einzelnen Gemeinden.

Während das Judentum in den USA groß genug ist, um sich eine Aufspaltung in unterschiedliche Richtungen und Gemeindetypen leisten zu können, sieht man dies in Deutschland vielfach anders. Man versteht sich als Einheitsgemeinde, ist es aber weit weniger, als man vorgibt. In Deutschland herrschen seit der Zäsur der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -vernichtung faktisch orthodoxe Gemeinden vor, was nicht heißt, daß die einzelnen Gemeindemitglieder in ihrer persönlichen Lebensführung auch dem orthodoxen Modell folgen. Hier gibt man sich nicht selten liberaler als in Gemeindebelangen.

Zur Auseinandersetzung um *Bea Wyler* kam es, obwohl diese sich durchaus

als konservativ versteht. In den Jüdischen Gemeinden – und dieses Argument ist nun auch wieder zu hören – befürchtete man, sich nur allzusehr aufzusplittern und damit die eigenen Kräfte zu überschätzen. Dies verhinderte Neuerungen und führte zur Entfremdung manches Gemeindeglieds von der eigenen Gemeinde. Mancher wünschte sich seit langem in Deutschland eine offener geführte innerjüdische Debatte über solche Fragen. Befürworter der Entscheidung zugunsten einer Frau als Rabbinerin argumentieren denn auch damit, daß man bei der Teilnahme von Frauen am Gottesdienst z. T. vor dem Holocaust bereits weiter gewesen sei als heute. An diese Ansätze möchte man nun wieder anknüpfen.

Angesichts der Entwicklung im Judentum insgesamt können die Entscheidungen der beiden norddeutschen Jüdischen Gemeinden nicht überraschen. Sie waren in gewissem Sinn überfällig. Vor dem Hintergrund eines durch Zuzug aus Osteuropa zahlenmäßig erstarkenden jüdischen Lebens in Deutschland wird dies trotz aller Schwierigkeiten möglicherweise zu einer gewissen inneren Belebung beitragen. In jedem Fall wird man Zeit benötigen, um Veränderungen dieser Art zu verarbeiten. Auf die kommenden Beratungen sowohl der Rabbinerkonferenz als auch des Zentralrats der Juden in Deutschland darf man gespannt sein. nt

Bumerang

Fragwürdige Kampagne gegen vier österreichische Bischöfe

Noch ist es völlig ungewiß, wie die Bischöfe in Österreich auf das erstaunliche Ergebnis des Kirchenvolks-Beglehrens (vgl. HK, August 1995, 404 ff.) reagieren werden, da sind sie schon mit der nächsten (unangenehmen) Überraschung konfrontiert: In einem sogenannten „Outing“ bezichtigte der

Generalsekretär der Homosexuellen-Initiative Wien, Kurt Krickler, vier österreichische Bischöfe homosexueller Neigungen. Schon einige Zeit munkelte man, daß diese Gruppe eine derartige Attacke plane.

Die Begründung dafür erscheint einigermaßen wirr: Weil die Österreichische Volkspartei eine Eliminierung der Homosexuellen-Paragrafen bei der anstehenden Strafrechtsreform ablehnt, wolle man vier österreichische Bischöfe, und je einen Monat später prominente Politiker der ÖVP und der SPÖ als homosexuell „entlarven“. ÖVP-Klubobmann *Andreas Khol* dazu: „Wir lassen uns nicht erpressen. Von Herrn Krickler schon gar nicht.“

Daraufhin bezichtigte Kurt Krickler in einer Pressekonferenz die Bischöfe *Egon Kapellari* (Klagenfurt), *Klaus Küng* (Feldkirch) und *Christoph Schönborn* (derzeit noch Koadjutor, ab Mitte September nach dem Rücktritt von Kardinal *Groer* Erzbischof von Wien) sowie Weihbischof *Andreas Laun* (Salzburg) „homosexueller Neigungen“. Diese abgeschwächte Formulierung wählte Krickler offenbar, weil die Bischöfe schon vorher mit der sofortigen Klage gedroht hatten. Die vier Genannten machten ihre Ankündigung umgehend wahr: Sie wiesen die Anschuldigungen in aller Entschiedenheit zurück und reichten Klagen auf Unterlassung und Widerruf sowie auf einstweilige Verfügung ein. Diözesanbischof Kapellari erklärte, der Versuch, auf diese Art Bischöfe zu kompromittieren, sei eine Verletzung von Grundwerten, auf denen die demokratische Gesellschaft beruht.

Bemerkenswert ist, daß sich das öffentliche Echo auf diese dubiose Initiative als Bumerang für die homosexuelle Gruppe in Wien erwies: Fast alle Tageszeitungen und Wochenmagazine distanzieren sich von dieser Denunziation und äußerten ihre Sorge und Bestürzung über die Art und Weise, wie ohne nähere Anhaltspunkte oder gar Beweise Mitbürger fertiggemacht würden. Auch die meisten homosexuellen Gruppen kritisierten heftig den Vorstoß von Kurt Krick-

ler in Wien und stellten fest, es schade der Sache der Homosexuellen, wenn diese nun „homosexuelle Neigungen“ zur Grundlage öffentlicher Vorwürfe machen.

So erfreulich diese klare Reaktion der Öffentlichkeit für die betroffenen Bischöfe und für die ganze katholische Kirche in Österreich ist, es bleibt doch ein bitterer Nachgeschmack: Denn nach den turbulenten innerkirchlichen Ereignissen der letzten Monate könnte sich aufs neue der Eindruck verfestigen, die Bischöfe, die immer wieder als Vorkämpfer moralischer Prinzipien erlebt werden, nähmen es selbst „nicht ganz so genau“. Auf diese Weise könnte von dieser künstlich erzeugten Affäre da und dort manches hängenbleiben. In dem Zusammenhang sind die zu erwartenden Gerichtsverfahren alles andere als angenehm, da zu erwarten ist, daß die leidige Angelegenheit nun in einem fort in den Medien zur Sprache kommen wird. Eine andere Reaktion war den Bischöfen aber gar nicht möglich.

Die Affäre wirft jedenfalls ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Trivialisierung und Skandalisierung der öffentlichen Vorgänge, die Österreich nun schon seit einiger Zeit heimsucht. Dieses Phänomen dürfte unter anderem mit der extremen Boulevardisierung der österreichischen Medienszene zusammenhängen, die schon vor Jahren eingesetzt hat und immer bedenklichere Ausmaße annimmt. cs

Gemeinschaft

Anglikaner und Lutheraner kommen sich näher

Bei ihrer Tagung Mitte Juli setzte die Generalsynode der Kirche von England ein wichtiges ökumenisches Signal. Mit überwältigender Mehrheit in allen drei „Häusern“ (Bischöfe, Klerus, Laien) billigte die Synode die „Porvoo-Erklärung“, eine anglikanisch-lutherische Vereinbarung, mit der die